

Auftakt

Ver-rückte Wahrnehmungen.

Ver-rückte Wahrheiten.

Prof. Dr. Murad Erdemir

Direktor der Medienanstalt Hessen

- es gilt das gesprochene Wort -

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebes Publikum,

diejenigen unter Ihnen, die auch bei der 14. Ausgabe des forum medienzukunft dabei waren, werden sich sicher noch gut an den 13. Juni 2023 erinnern: Es war ein heißer Sommertag im schönen Frankfurt am Main, womöglich nicht ganz so heiß wie heute, aber es war schon auch sehr heiß. Wir haben uns hier in der Evangelischen Akademie mit Desinformationskampagnen vor allem aus Russland befasst.

Seitdem hat sich die Welt nicht zum Besseren gedreht. Seitdem wird weiter und weitaus heftiger mit Informationsmanipulationen am demokratischen Gefüge gerüttelt. Nicht nur von Russland und von China. Auch jenseits des Atlantiks tut sich eine Welt von verzerrten Wahrnehmungen und alternativen Wahrheiten auf. Ebenso wie innerhalb der europäischen Gesellschaften – und damit auch hierzulande.

Die Trennlinie – nicht nur in der Politik – sie verläuft heute mehr denn je zwischen Irrealität und Realität, zwischen Unwirklichkeit und Wirklichkeit. So bringt es der US-amerikanische Historiker Timothy David Snyder auf den Punkt.

„Ver-rückte Wahrnehmungen. Ver-rückte Wahrheiten.“

Das ist das Thema des heutigen forum medienzukunft. Mit dieser bereits 15. Ausgabe unserer Veranstaltungsreihe wollen wir die verschobenen Macht-Koordinaten der Kommunikation und die Folgen für die Demokratie ins Visier nehmen.

Dazu begrüße ich Sie sehr herzlich.

Ich freue mich, dass wir uns gemeinsam dieser vermutlich fast unlösbaren Aufgabe stellen. Denn unsere Aufgabe besteht darin, *„weder von der Macht der anderen noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen“*, wie Theodor W. Adorno – geboren als Theodor Ludwig Wiesengrund – in den *Minima Moralia* schreibt.

Wir alle erinnern uns sicher an den 14. Februar dieses Jahres, als der 50. Vizepräsident der Vereinigten Staaten Wahrnehmungen und Wahrheiten gewissermaßen „ver-rückte“. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz spricht JD Vance nicht über die Rolle der USA in der Welt, die NATO oder Russlands Krieg gegen die Ukraine und die Möglichkeit seiner Beendigung. Stattdessen startet er einen Generalangriff auf die Europäer und meint – auch und vor allem – uns. In einer beispiellosen Abrechnung wirft er Europa „Zensur“ von Meinungen vor. Die mit dem „Kampf gegen Desinformation“ begründete Unterdrückung unangenehmer Ansichten sei die wahre Gefahr der westlichen Demokratien – und nicht die durch „externe“ Akteure wie China oder Russland. Damit wiederholt und verstärkt Vance seine kurz zuvor beim Pariser KI-Gipfel erhobenen Warnungen an die Europäer, den amerikanischen Internet- und Technologiegiganten mit ihrer Regulierung nicht in die Quere zu kommen. Und die „autoritäre Zensur der Inhalte“ – wie er es nennt – bleiben zu lassen.

Wie ist der Frontalangriff von Vance zu verstehen? Vermutlich muss man ihn als „Deal“ der neuen US-Administration mit Big-Tech einordnen. Man könnte an dieser Stelle Mark Zuckerberg als Zeugen aufrufen. Der Meta-Chef ist es, der explizit politischen Beistand aus Washington einfordert gegen die ständig wachsende Zahl von EU-Gesetzen. Gesetze, die aus seiner Sicht Innovationen unmöglich machen und zugleich – wie er sagt – „Zensur institutionalisieren“. Das ist der vergleichsweise wenig beachtete Schluss seines Video-Statements vom 7. Januar dieses Jahres. In dem Statement kündigt der Meta-Chef die Rückkehr zu den „Wurzeln“ seines Konzerns an – mit dem Ziel, die freie Meinungsäußerung auf den Plattformen wiederherzustellen. Die Zusammenarbeit mit professionellen Faktenprüfern bei Facebook, Instagram und Threads wird – zunächst in den USA – beendet. Stattdessen wird, ähnlich wie X es vorgemacht hat, ein Community-basiertes System zur Inhalte-Moderation eingeführt. Dazu gehört auch, dass Meta seine Inhaltsrichtlinien vereinfacht und Beschränkungen bei Themen wie Migration und Geschlechterfragen aufhebt.

Natürlich ist Mark Zuckerberg nicht der Einzige der Big-Tech-Chefs, der seit der US-Präsidentenwahl seine Firmenpolitik an die neuen Leitlinien aus Washington angepasst hat. Deregulierung ist das libertäre Versprechen der Politik. Und es ist das Ziel der Branche.

Unser mediales Ökosystem wird von den großen, zumeist US-amerikanischen Tech-Unternehmen dominiert. Die Google-Mutter Alphabet, der E-Commerce- und Unterhaltungs-Riese Amazon, Meta mit seinen sozialen Netzwerken, Apple, die weit mehr machen als Smartphones, Microsoft, die mehr machen als Software und OpenAI, das für uns zu denken scheint. Die Branchenriesen beherrschen das Netz und damit auch das Geschäft mit Cloud-Dienstleistungen – auf ihren Servern lagern die meisten unserer Daten. Sie sind es, die die Entwicklung von KI bestimmen.

Und dann ist da natürlich auch noch Elon Musk – u.a. mit X und SpaceX mit den mehr als 6.000 Starlink-Satelliten. Und mit seinem – bei allerdings deutlichen Schwankungen im Beziehungsbarometer – besonderen Verhältnis zum amtierenden US-Präsidenten. Und aktuell scheint Musk ja einen gänzlich eigenen Weg einschlagen zu wollen ...

Was also bedeutet vor diesem Hintergrund die Verschmelzung von Kommunikationsmacht, Geld und Politik, die wir jenseits des Atlantiks beobachten. Was bedeutet dies alles nun für uns? Was heißt es, wenn Regulierung, wenn Gesetze, wenn Leitplanken systematisch in Verruf gebracht werden?

Und wie gehen wir mit der paradoxen Karriere des Wortes „Zensur“ um, wie es derzeit durch die Weiten des Netzes hallt? Und zwar gerade dann, wenn wir Hassrede und Desinformation entgegentreten oder Verletzungen von Menschenwürde und die Missachtung des Jugendschutzes ahnden. Dabei sind Zensurvorfälle oftmals Ablenkungsmanöver: Wer den Vorwurf der Zensur erhebt, kann der inhaltlichen Auseinandersetzung entgehen, das sagte bereits Nicola Roßbach von der Universität Kassel.

Regulierung hat sich eben nicht von selbst erledigt, wie vor Jahren vielleicht von manchen noch gedacht. Das Ziel von Regulierung ist, durch Normierung Freiheit zu ermöglichen. Denn nur in dieser Freiheit sind der demokratische Diskurs und damit das „Geistesleben“, wie die Verfassungsrichter es nennen, lebendig zu halten. Wenn Ideen und Gedanken nicht mehr artikuliert werden aus Angst vor Shitstorms und Hass-Attacken, wenn ein solches Klima entsteht, dann macht Selbstzensur jedwede Zensur überflüssig.

Zudem: Schweigen bedeutet immer Zustimmung. Schweigen: Das ist die dunkle Schwester der Tat!

Seit einigen Jahren versucht die europäische Politik verstärkt, den Rahmen für das digitale Ökosystem zu gestalten. Und sie hat dabei vor allem die Branchen-Riesen im Visier, weil diese – anders als sie vorgeben – gerade keine neutralen Infrastrukturanbieter sind. Sondern weil sie Meinungsmacht haben. Die Brüsseler Leitplanken sollen der Förderung von Wettbewerb, Innovation und Wachstum dienen – was bekanntermaßen schwer gegen Monopole durchzusetzen ist. Das Ziel ist, faire und offene digitale Märkte zu schaffen. Dafür steht vor allem der Digital Markets Act. Und es geht darum, einen sicheren und transparenten Informationsraum zu schaffen. Dafür steht vor allem der Digital Services Act, der der Kommission besondere Befugnisse bei den großen Plattformen zugesteht.

Doch das wäre alles nichts, wenn in den Mitgliedsstaaten – und damit in den Sprachräumen – nicht auf Fehlentwicklungen und Regelverletzungen geachtet würde. Auch das gehört zu den originären Aufgaben der Landesmedienanstalten. Und wir setzen mittlerweile auch auf Künstliche Intelligenz. Das KI-Tool „KIVI“ wurde von

unserer nordrhein-westfälischen Schwesteranstalt entwickelt und wird mittlerweile von allen Landesmedienanstalten eingesetzt. Damit suchen wir nach besonders schweren Rechtsverstößen gegen den Jugendmedienschutz, nach Verstößen gegen die Menschenwürde, nach Volksverhetzung und politischem Extremismus. Wir melden den Sachverhalt je nach Fallkonstellation dem Bundeskriminalamt oder direkt nach Brüssel. Wenn Inhalte gegen medienrechtliche Vorgaben verstoßen, fordern wir die Plattformen über einen privilegierten Meldeweg auf, sie zu löschen. An dieser Stelle kann ich sagen, dass zu rund 90 Prozent unserer Aufforderung Folge geleistet wird.

Ich gebe Ihnen ein markantes Beispiel für die Effizienz und Durchschlagskraft der Aufsicht der Landesmedienanstalten: Nach dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel haben die Landesmedienanstalten der Europäischen Kommission in kürzester Zeit mehr als 650 Fälle gewaltverherrlichender und menschenverachtender Inhalte gemeldet. Die Aufsichtsbehörden der übrigen 26 Mitgliedstaaten brachten es zusammen auf gerade einmal 100 Fälle. Und wir haben im zweiten Halbjahr 2023 über 2.500 Löschungen veranlasst.

„Wer reguliert das Internet? Ein gallisches Dorf gibt es noch“, so lautete die Schlagzeile hierzu in der Frankfurter Allgemeinen vom 20. Februar 2024. Und ich zitiere den Autor und Journalisten Michael Hanfeld wörtlich: „Falls jemand ein gallisches Dorf sucht, das unverdrossen Widerstand leistet, also eine halbwegs funktionierende Taskforce, die gegen illegale, gegen die Menschenrechte verstoßende Inhalte vorgeht, und zwar mit nachvollziehbaren, rechtsstaatlich sauberen Mitteln – die deutschen Landesmedienanstalten bildeten eine solche.“

Meine Damen und Herren,

doch nun ist es an der Zeit, auch eine andere Sichtweise einzubringen. Denn es gibt auch eine andere Seite der Wahrheit – eine andere Seite der Wahrnehmung:

Denn es macht einen Unterschied, ob Bürgerinnen und Bürger keinerlei Unrechtsempfinden haben und den Begriff „Zensur“ lediglich für ihre Zwecke instrumentalisieren – oder ob sie sich tatsächlich staatlicher Zensur ausgesetzt fühlen. Das ist der Haken aller restriktiven Strategien gegen Hass, Hetze und Desinformation: Jeder Versuch, mit Verboten und Sanktionen hiergegen vorzugehen, bestätigt in den Augen vieler Menschen erst recht den Vorwurf, dass mit autoritären Mitteln die Grundrechte beschnitten würden. Das wiederum führt zum Vertrauensverlust in die Institutionen des Staates und damit letztlich auch in unsere Demokratie. Ein Dilemma ersten Ranges!

Denn *„Demokratie lebt vom Vertrauen.“* Und ich zitiere hier den Titel des nachfolgenden Grußwortes des Chefs der Hessischen Staatskanzlei, Herrn Staatssekretär Benedikt Kuhn.

Zudem: Äußerungen müssen nicht illegal sein, um sukzessive unsere Demokratie zu zersetzen. Die Grenze zwischen Meinungen, die man auszuhalten hat, und Hetze,

gegen die eine Demokratie sich besser heute wehrt, um morgen noch zu existieren, sie ist kaum scharf zu ziehen. Und dann wird es kompliziert.

Nehmen wir zum Beispiel „Hass“. Hass ist zunächst einmal ein Gefühl. Ein intensives Gefühl der Abneigung und Feindseligkeit. Hass ist Teil des normalen emotionalen Inventars. Ob er wünschenswert ist, ist eine ganz andere Frage. Hass wird erst dann zu einer Meinung, wenn er den Weg in die Öffentlichkeit findet. Und die persönliche Meinung ist erst dann strafbar, wenn sie die Grenze zum Beispiel zur Beleidigung, zur üblen Nachrede oder gar zur Volksverhetzung überschreitet. Insoweit gelten hier zwar weitaus striktere Regeln als in den Vereinigten Staaten. Aber die Hürde zur Strafbarkeit bzw. Ahndbarkeit ist auch in Deutschland und Europa weiterhin hoch.

Auch als falsch und aggressiv wahrgenommene Meinungen müssen bis zu einem gewissen Grad toleriert werden. Anderenfalls würden wir die Abgründe von Hass, Hetze und Desinformation zwar zuschütten, die Redefreiheit dabei aber gleich mitbeerdigen. Und genau deshalb brauchen wir Wertordnungsvorsorge. Und diese gelingt nur, wenn wir neben Intervention und Repression auch Prävention einer gemeinsamen Architektur unterstellen.

Aus gutem Grund befähigt die medienpädagogische Arbeit meines Hauses vor allem die jüngeren Bürgerinnen und Bürger nicht nur zum Selbstschutz, sondern schärft – neben ihrer Medien- und Nachrichtenkompetenz – zugleich ihr Bewusstsein für gemeinsame Werte und für Verantwortung. Und aus ebenso gutem Grund setzen wir Landesmedienanstalten uns für den Schutz eines freien und pluralistischen Informationsraumes ein. Denn ein wichtiger Faktor zur Verbesserung der Informationsökologie ist gut recherchierter Journalismus.

Ohne die Sichtbarkeit verlässlicher Inhalte wird es nicht gehen!

Und noch ein Wort zu TikTok und den Social-Media-Plattformen: Wir Landesmedienanstalten werden TikTok in Deutschland nicht verbieten. Wir können es bereits in rechtlicher Hinsicht nicht. Und wir wollen es auch nicht. Europa – soweit mir bekannt – will das auch nicht. Plattformregulierung und das Einziehen einer generellen Altersgrenze zum Beispiel ab 16 Jahren sind ein anderes Thema.

Zudem: Annähernd zwei Drittel der 13- bis 19-Jährigen nutzen TikTok derzeit täglich. Wer also in dieser Zielgruppe relevant sein will, sei es mit Bildungsangeboten, mit politischer Aufklärung oder überhaupt mit demokratischen Werten, der muss dort präsent sein, wo diese Zielgruppe ihre Informationen bezieht. Mein dringlicher Appell deshalb an die demokratischen Parteien: Meiden Sie TikTok nicht. Gehen Sie da rein. Seien Sie dort sichtbar. Seien Sie dort ansprechbar. Wer die politische Meinungsbildung der Zukunft mitgestalten will, der darf TikTok, den „digitalen Resonanzraum der Jugend“ – wie es die Konrad-Adenauer-Stiftung in ihrem Blog „Politsnack“ jüngst so treffend formulierte – nicht ignorieren. Verantwortung heißt auch digitale Präsenz!

Meine Damen und Herren,

begeben wir uns nunmehr also auf die Suche nach den möglichen Ursachen und den Folgen der „Ver-rückten Wahrnehmungen“ und der „Ver-rückten Wahrheiten“. Und stellen wir uns der Realität – oder um es mit William Shakespeare zu sagen:

„Begegnen wir der Zeit, wie sie uns sucht“.

forum medienzukunft am 1. Juli 2025 in der Evangelischen Akademie in Frankfurt am Main | eine Veranstaltungsreihe der Medienanstalt Hessen

ca. 12.000 Zeichen | Stand 1. Juli 2025